

Berlin, 20.07.2021

Monatsbericht des Deutschen Gehörlosen-Bundes für Januar, Februar, März, April, Mai und Juni 2021

Inhaltsverzeichnis

Neun Sitzungen der „Taskforce Barrierefreiheit“ zum Thema der Notruf-App des Bundes „nora“ am 11.01.2021, am 18.01.2021, am 25.01.2021, am 01.02.2021, am 15.02.2021, am 01.03.2021, am 15.03.2021, am 19.04.2021 und am 31.05.2021	2
2. Treffen der „Kampagne zum Barrierefreiheitsgesetz“ am 15.01.2021	2
Sitzung des DG-Fachausschusses Politik und Strategie am 18.01.2021	3
1. Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses am 19.01.2021	3
1.–4. Gesprächsrunde mit den Landesverbänden zum Thema der Corona-Impfstrategie am 25.01.2021, am 01.03.2021, am 26.04.2021 und am 17.05.2021	3
Podiumsgespräch an der HU Berlin „Dolmetschen während der Pandemie: Herausforderungen und Chancen“ am 27.01.2021	5
DBR-Forderungspapier zur Bundestagswahl 2021	5
Gesprächsrunde mit den Landesverbänden zum Thema der barrierefreien Medienangebote am 01.02.2021	6
8. Sitzung des Inklusionsbeirates am 09.02.2021	6
3. Gesprächsrunde mit den Landesverbänden zum Thema Notruf-App am 18.02.2021	6
Außerordentliche Mitgliederversammlung der EUD am 27.02.2021	7
2. Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses am 02.03.2021	7
9. Sitzung des Expertenkreises der Bundesfachstelle Barrierefreiheit am 03.03.2021	8
Sitzung des DG-Fachausschusses Politik und Strategie am 08.03.2021	8
36. Konsultationen der Monitoring-Stelle zur UN-BRK mit den behindertenpolitischen Verbänden am 10.03.2021	8
Anhörung des BMAS zum Referentenentwurf zum Barrierefreiheitsgesetz am 10.03.2021	8
Anhörung zum Diskussionsentwurf zur Stärkung barrierefreier Medienangebote und zur Umsetzung des European Accessibility Act am 19.03.2021	9
4. Gesprächsrunde mit den Landesverbänden zum Thema Notruf-App am 22.03.2021	9
Fachgespräch zum Bundesteilhabegesetz am 23.03.2021	10
2. Sitzung der Arbeitsgruppe „Qualitätssicherung für Gebärdensprachfilme“ am 25.03.2021	11
Gespräch über die Notruf-Software „Emergency Eye“ am 30.04.2021	11
Inklusionstage 2021 des BMAS am 03.05. und 04.05.2021	12
3. Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses am 05.05.2021	13
Onlineveranstaltung „Gehörlosenkultur fördern“ am 05.05.2021	13
9. Sitzung des Inklusionsbeirates am 07.05.2021	13

Sitzung des DG-Fachausschusses Politik und Strategie am 17.05.2021	13
5. Gesprächsrunde mit den Landesverbänden zum Thema Notruf-App am 18.05.2021	14
Onlinevortrag von Dr. Liisa Kauppinen am 19.05.2021	14
Onlinetreffen der LIGA Selbstvertretung am 19.05.2021	15
Konferenz zu digitaler Barrierefreiheit: Digital Accessibility Summit am 20.05.2021	15
Sitzung der Arbeitsgruppe „Deutsche Gebärdensprache in digitalen Anwendungen“ des Ausschusses für barrierefreie Informationstechnik am 28.05.2021	16
6. Gesprächsrunde mit den Landesverbänden zum Thema Notruf am 14.06.2021	16
37. Konsultationen der Monitoring-Stelle zur UN-BRK mit den behindertenpolitischen Verbänden am 16.06.2021	17
Experteninterview mit dem Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik über die Verbesserung der Barrierefreiheit am 23.06.2021	17
Online-Veranstaltung „Doppelte kulturelle Minderheit“ am 29.06.2021	17
3. Sitzung der Arbeitsgruppe „Qualitätssicherung für Gebärdensprachfilme“ am 30.06.2021	18
DGB-Pressemitteilungen	18
DGB-Stellungnahmen	19
DGB-Filme	19
Dokumente des Deutschen Bundestages	19
Wilfried Oellers (Behindertenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion)	19
Angelika Glöckner (Behindertenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion)	20
Jens Beeck (Teilhabe politischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion)	20
Sören Pellmann (Sprecher für Behindertenpolitik der Bundestagsfraktion DIE LINKE)	20
Corinna Rüffer (Sprecherin für Behindertenpolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen)	21
Vorschau	22

Neun Sitzungen der „Taskforce Barrierefreiheit“ zum Thema der Notruf-App des Bundes „nora“ am 11.01.2021, am 18.01.2021, am 25.01.2021, am 01.02.2021, am 15.02.2021, am 01.03.2021, am 15.03.2021, am 19.04.2021 und am 31.05.2021

Für die Einbeziehung von Menschen mit Hörbehinderungen bei der Entwicklung der Notruf-App hat das Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (IM-NRW) gemeinsam mit dem Kompetenzzentrum Selbstbestimmt Leben für Menschen mit Sinnesbehinderung NRW und mit dem SignGes – Kompetenzzentrum für Gebärdensprache und Gestik (RWTH Aachen) eine Taskforce gebildet. Seit Januar 2021 beteiligte sich Daniel Büter für den DGB an der Taskforce. Hans-Jürgen Kleefeldt, Beisitzer des DGB, nahm an der 8. und 9. Sitzung der Taskforce teil. Die Taskforce übernahm gegenüber dem IM-NRW eine beratende Funktion, tauschte sich über den Clickdummy, den Abfragebaum, Logoentwürfe, Piktogramme/Icons, den stillen Notruf, DGS in der Notruf-App, die App-Testung (Zeitplan und Informationen) und die Homepage zur App aus und gab Feedback.

Die Veröffentlichung der Notruf-App des Bundes „nora“ ist für Ende Juli 2021 vorgesehen. Die App kann dann für den Notruf verwendet werden. (DB)

2. Treffen der „Kampagne zum Barrierefreiheitsgesetz“ am 15.01.2021

Im Juni 2020 hat der Sozialhelden e. V. das Projekt „Barrieren Brechen“ gestartet. Langfristiges Ziel dieses Projekts ist die Transformation der Gesellschaft durch eine Verpflichtung der Privatwirtschaft zur Barrierefreiheit. Nach dem ersten Treffen am 25.11.2020 organisierte das Projektteam ein zweites Treffen der „Kampagne zum Barrierefreiheitsgesetz“ per Zoom-Videokonferenz, das am 15.01.2021

stattfind. Daniel Büter nahm daran teil und tauschte sich mit anderen Akteur/-innen über fünf Kernpunkte für ein gutes Barrierefreiheitsgesetz und eine gute Umsetzung des European Accessibility Act (EAA) aus. Der EAA legt Anforderungen an die Barrierefreiheit für Produkte und Dienstleistungen fest. Das betrifft unter anderem die Zugänglichkeit zu Geldautomaten und Bankdienstleistungen sowie die Nutzbarkeit von E-Books, Computern und Unterhaltungselektronik, den Onlinehandel, aber auch die Nutzung der einheitlichen europäischen Notrufnummer 112. Diese europarechtlichen Vorgaben müssen bis zum 28.06.2022 in deutsches Recht umgesetzt werden. Für ein gutes Barrierefreiheitsgesetz sind fünf Kernpunkte wichtig: Partizipation, Pflicht zur Schaffung angemessener Vorkehrungen, Festlegung der Rechtsdurchsetzung, Festlegung der technischen Standards und Berücksichtigung der baulichen Umwelt. (DB)

Sitzung des DG-Fachausschusses Politik und Strategie am 18.01.2021

Die Deutsche Gesellschaft der Hörbehinderten – Selbsthilfe und Fachverbände e. V. hat vier Fachausschüsse: Arbeit, Bildung, Medien und Politik/Strategie. Unter der Leitung des DG-Vorsitzenden Prof. Dr. Ulrich Hase fand am 18.01.2021 per Zoom-Videokonferenz die Sitzung des Fachausschusses „Politik und Strategie“ statt. DGB-Präsident Helmut Vogel und Daniel Büter diskutierten mit Vertreter/-innen der anderen Mitgliedsverbände der DG über aktuellen Stand des Schattenberichts zur UN-Behindertenrechtskonvention, den Entwurf eines Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes, die Änderung der Hilfsmittelrichtlinie und die Positionierung der DG zu Corona-Maßnahmen. (DB)

1. Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses am 19.01.2021

Am 19.01.2021 traf sich der Arbeitsausschuss des Deutschen Behindertenrats zur ersten Onlinesitzung per Zoom-Videokonferenz im Jahr 2021, an der Daniel Büter teilnahm. Die BAG-Selbsthilfe übernimmt die Arbeit des DBR-Sekretariats und die Koordination des Arbeitsausschusses unter der Leitung von Dr. Martin Danner, Nicole Kautz und Jana Schmalisch für ein Jahr.

Es wurde ein Überblick über die Arbeit des DBR-Sekretariats gegeben, die Welttagsveranstaltung 2020 wurde ausgewertet und die DBR-Forderungen zur Bundestagswahl 2021 wurde überarbeitet. Darüber hinaus fand ein Austausch über aktuelle politische Themen statt (Triage, Impfstrategie, Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts, Reform der Kinder- und Jugendhilfe, Versorgungsmedizin-Verordnung, barrierefreie Arztpraxen, Teilhabestärkungsgesetz, Medienstaatsvertrag, Assistenz im Krankenhaus und Werkstätten für Behinderung). (DB)



Foto: DBR

1.–4. Gesprächsrunde mit den Landesverbänden zum Thema der Corona-Impfstrategie am 25.01.2021, am 01.03.2021, am 26.04.2021 und am 17.05.2021

Die Corona-Impfstrategie ist ein aktuelles und heißes Thema. Daher tauschten sich der Deutsche Gehörlosen-Bund, die Landesverbände und die Deutschen Gehörlosen-Jugend am 25.01.2021, am 01.03.2021, am 26.04.2021 und 17.05.2021 darüber per Zoom-Videokonferenz aus.

Als Fachteamleiterin für Gesundheit des DGB leitete Dr. Ulrike Gotthardt den Prozess bezüglich der Corona-Impfstrategie, während Elisabeth Kaufmann und Daniel Büter an diesem Prozess mitwirkten.

Im Mittelpunkt stand durchgängig die Frage nach einem gehörlosengerechten Zugang zu den Impfterminen und nach einer Klarstellung der Kostenübernahme der Gebärdensprachdolmetschereinsätze bei den Impfterminen. Gemeinsam wurde eine diesbezügliche „Checkliste zu weiterem Handlungsbedarf hinsichtlich der Coronapandemie und der COVID-19-Impfung“ verfasst und veröffentlicht. Darin wurde gefordert, die Aufklärungsmaterialien mittels Videos mit Untertiteln in die Deutsche Gebärdensprache zu übersetzen, vielfältige Zugänge zur Terminbuchung (Online, Post, Fax, Relay-Dienst) zu ermöglichen, eine Corona-Hotline für gehörlose Menschen einzurichten und die Zuständigkeit für die Übernahme der Dolmetscherkosten klar zu regeln. Denn z. B. der Zugang zur Terminbuchung ist nicht barrierefrei und auf Landes- und kommunaler Ebene sehr unterschiedlich geregelt. Daher sollte über Landes- und kommunale Grenzen hinweg eine einheitliche und barrierefreie Terminorganisation ermöglicht werden.

Dr. Ulrike Gotthardt erstellte, bearbeitete und aktualisierte fortlaufend eine Tabelle mit dem aktuellen Stand der Terminorganisation bzw. -vergabe und der Dolmetschereinsätze bei Impfterminen sowie der Finanzierung. Diese Zusammenstellung erfolgte auf Grundlage der gesammelten Rückmeldungen aus den Landesverbänden. Die Tabelle ist auf der Webseite des DGB verfügbar.

Das Bundesministerium für Gesundheit stellte wöchentlich Videofilme in DGS und mit Untertiteln über aktuelle und wesentliche Informationen zur Coronapandemie bereit. Es wurde somit erfolgreich umgesetzt, die Aufklärungsmaterialien zur COVID-19-Impfung mittels Videos in DGS und mit UT zur Verfügung zu stellen.

Diskutiert wurde auch darüber, dass in zunehmendem Maße Online-Einsätze von Dolmetscher/-innen für Deutsch und DGS, auch Ferndolmetschen genannt, von Institutionen und Anbietern von Corona-Impfungen, wie Impfzentren, beauftragt wurden. Dies ist insofern problematisch, als Online-Dolmetschereinsätze durch die zweidimensionale Übertragung und die fehlende notwendige Nähe oft schwer zu verstehen, mit technischen Schwierigkeiten behaftet und für viele Betroffene verunsichernd sind. Daher wurde seitens der Landesverbände und des DGB dringend das Präsenzdolmetschen als primäres Verdolmetschungsangebot empfohlen. Der Einsatz von Dolmetscher/-innen (in Präsenz oder online) ist nur auf ausdrücklichen Wunsch und bei freier Entscheidung bzw. Wahlfreiheit der gehörlosen, taubblinden oder anders hörbehinderten Person sicherzustellen. Diese Punkte wurden vom DGB in den „Handlungsempfehlungen zur Frage des Online- vs. Präsenzdolmetschens für Deutsch und Deutsche Gebärdensprache für gehörlose Menschen im Kontext der Corona-Impfungen“ festgehalten, die den Landesverbänden zur Verfügung gestellt wurden.



Foto: GVSH

Entsprechend den aktuellen Entwicklungen wurde in dieser Runde zudem kritisch über Piktogramme und ein neues Konzept von Apps diskutiert. Im Rahmen der Impfaufklärung werden per Bild, Schrift oder Verdolmetschung Fragen gestellt oder Aufklärungen im Zusammenhang mit den Impfungen gegeben, die jedoch nicht individuell formuliert oder im Dialog geklärt werden können. Es bestand ein Konsens darüber, dass dies dem Bedarf gehörloser Menschen keinesfalls gerecht werden und nicht als rechtssicher angesehen werden kann. Aus diesen Diskussionen heraus wurden die

„Handlungsempfehlungen zur Frage der nicht-sprachgebundenen Aufklärungen über Corona und Corona-Impfungen“ entwickelt und ebenfalls auf der Homepage zugänglich gemacht. Informiert wurde zudem über das neue Beratungsangebot in DGS zu Corona-Impfungen von Yomma. Dieses ist über www.zusammengegencorona.de erreichbar. Im Juni soll die Priorisierung bei den Corona-Impfungen aufgehoben werden. Die täglichen Barrieren bezüglich der Coronapandemie abzubauen und die Chancen für gehörlose Menschen auf Teilhabe auf Augenhöhe mit Nicht-Behinderten zu verbessern, ist das Hauptziel seitens der Landesverbände und des DGB. (UG und DB)

Podiumsgespräch an der HU Berlin „Dolmetschen während der Pandemie: Herausforderungen und Chancen“ am 27.01.2021

Die Abteilung Deaf Studies und Gebärdensprachdolmetschen an der Humboldt-Universität zu Berlin unter der Leitung von Prof. Dr. Christian Rathmann veranstaltete ein virtuelles Podiumsgespräch zum Thema „Dolmetschen während der Pandemie: Herausforderungen und Chancen“ mit vier Expert/-innen aus verschiedenen Tätigkeitsfeldern: Oya Ataman, Daniel Büter, Isabel Frey und Markus Meincke.



Abteilung Deaf Studies und Gebärdensprachdolmetschen: Podiumsgespräch am 27. Januar 2021, 16 - 18 Uhr, zum Thema



Dolmetschen während der Pandemie: Herausforderungen und Chancen mit



O. Ataman D. Büter I. Frey M. Meincke
Foto: Abteilung Deafstudies und Gebärdensprachdolmetschen

Seit Beginn der Coronapandemie hat sich der Berufsalltag von Gebärdensprachdolmetscher/-innen massiv verändert. Die Gesamtzahl der Präsenzdolmetschereinsätze ging aus Gründen des Infektionsschutzes schnell zurück. Für viele Dolmetscher/-innen entstand eine schwierige und ungewöhnliche Situation, es herrschte Unsicherheit. Vermehrt wurden die Dolmetschereinsätze online mithilfe von Videokonferenzen von zu Hause oder aus dem Büro durchgeführt. Durch diese neuen technischen Möglichkeiten ergaben sich viele neue Herausforderungen. Eine Gefahr besteht momentan in Bezug auf Verdolmetschungen in schlechter Qualität, die nicht der festgelegten Norm entsprechen. Das muss verhindert werden. Die Qualität der Verdolmetschung muss in Bezug auf die Kommunikation während der Pandemie unbedingt gesichert und verbessert werden. Das Ferndolmetschen und insbesondere das Mediendolmetschen erfordern eine besondere Ausstattung. Hier sind praktische Erfahrungen wichtig, eine bloße Vermittlung der Theorie in der Ausbildung reicht nicht. Weiterbildungsangebote sind essenziell. Dolmetscher/-innen stehen unter hohem Druck, sie sind systemrelevant und für Kommunikation unerlässlich. Leider wird das noch nicht so anerkannt, wie es der Fall sein müsste – das muss in der Politik ernsthaft diskutiert werden.

Das Podiumsgespräch und die angeregte Diskussion mit zahlreichen Teilnehmenden waren gut gelungen. Ganz herzlichen Dank an das Team der Abteilung Deaf Studis und Gebärdensprachdolmetschen für die Organisation und Durchführung des Online-Podiumsgesprächs! (DB)

DBR-Forderungspapier zur Bundestagswahl 2021

Eine Arbeitsgruppe des Deutschen Behindertenrates hat das Forderungspapier zur Bundestagswahl in der Kurzfassung (drei Kernforderungen) und in der Langfassung (zwölf Forderungen) überarbeitet. Daniel Büter wirkte in dieser Arbeitsgruppe mit, tauschte sich in Gesprächen per Zoom-Videokonferenz aus und telefonierte mit dem DBR-Sekretariat. Viele gehörlosenspezifische Themenpunkte sind in die Langfassung des DBR-Forderungspapiers aufgenommen worden. Das Forderungspapier soll als Kompendium und als Informationsgrundlage für politische Gespräche dienen. (DB)

Gesprächsrunde mit den Landesverbänden zum Thema der barrierefreien Medienangebote am 01.02.2021

Am 01.02.2021 fand eine Gesprächsrunde mit den Landesverbänden per Zoom-Videokonferenz statt. Das DGB-Fachteam „Barrierefreie Medien“ mit Bernd Schneider, Thomas Zander und Daniel Büter hat gemeinsam einen Entwurf der Empfehlungen für die Bereitstellung von Angeboten in Gebärdensprache in deutschen Medien erstellt und überarbeitet. Der Entwurf ist aber noch nicht fertig, die Bearbeitung wird fortgesetzt. Es ist wünschenswert, dass alle Seiten mit der Empfehlung zufrieden sind und sie akzeptieren. Die Empfehlung ist für alle öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehsender gedacht und ist eine Hilfestellung oder Handreichung, wie Angebote in Gebärdensprache und mit Untertiteln in der richtigen Form bereitgestellt werden können.

Daher tauschte das DGB-Fachteam „Barrierefreie Medien“ sich mit den Landesverbänden darüber aus. Änderungen, Ergänzungen und Hinweise wurden in den Entwurf aufgenommen, dessen Bearbeitung fortgesetzt wird. (DB)



Foto: DGB

8. Sitzung des Inklusionsbeirates am 09.02.2021

Daniel Büter vertrat Präsident Helmut Vogel und nahm am 09.02.2021 an der per Zoom-Videokonferenz stattfindenden 8. Sitzung des Inklusionsbeirates in der 19. Legislaturperiode teil.

Jürgen Dusel, der Behindertenbeauftragte des Bundes, berichtete über aktuelle Themen seiner Arbeit darunter über die Corona-Schutzmaßnahmen und die Schutzimpfung, den European Accessibility Act (EAA) und das Teilhabestärkungsgesetz (wichtige Nachbesserungen: Ausgleichsabgabe, Assistenz im Krankenhaus, Gewaltschutz). Anschließend diskutierten die Mitglieder des Inklusionsbeirats darüber. Der Inklusionsbeirat veröffentlichte eine Erklärung zum Thema „Assistenz im Krankenhaus“ und forderte nachdrücklich dazu auf, eine gesetzliche Regelung zum Assistenzbedarf bei Krankenhausaufenthalten von Menschen mit Behinderungen zu verankern. (DB)

3. Gesprächsrunde mit den Landesverbänden zum Thema Notruf-App am 18.02.2021

Am 18.02.2021 fand die 3. Gesprächsrunde zum Thema der Notruf-App per Zoom-Videokonferenz statt. Da Steffen Helbing am 06.02.2021 aus persönlichen Gründen als 2. Vizepräsident zurückgetreten ist, wurde ein neues Fachteam „Notruf“ gebildet. Das DGB-Präsidium befürwortete bei der vorangegangenen Präsidiumssitzung, dass Daniel Büter die Leitung übernimmt und mit Hans-Jürgen Kleefeld, Beisitzer und Fachteamleiter für Mobilität, in dem Fachteam „Notruf“ zusammenarbeitet.

Das Fachteam „Notruf“ besprach mit den Landesverbänden die Notruf-App des Bundes, die politische Strategie und die Zusammenarbeit zwischen dem DGB und den Landesverbänden auf der Bundes- und Landesebene. Andere Notruf-Apps bzw. Notrufsysteme wie „EmergencyEye“, „Handhelp“, „Instan-tHelp“ etc. und deren Vor- und Nachteile sollten dagegen nicht thematisiert werden, weil das Innenministerium NRW, das federführend für Deutschland ist, bereits einen Vertrag mit der bevuta IT GmbH und der Deutschen Telekom AG abgeschlossen hat. Alle gerichtlichen Vergabenausschreitungsverfahren sind bereits beendet.

Dennoch kam es zu einer heftigen Diskussion zwischen dem Landesverband der Gehörlosen Brandenburg und dem Fachteam „Notruf“ des DGB über die Notruf-App „nora“ und „Handhelp“.
Es sollte eine Testung der Notruf-App im März 2021 geben, für die der DGB 20 bis 30 Testpersonen benötigte. Das Fachteam „Notruf“ arbeitet weiter konstruktiv und verfolgt weiterhin das seit Jahren angestrebte Ziel, einen kostenfreien barrierefreien Notruf sicherzustellen. Mit der Notruf-App des Bundes „nora“ können alle Gehörlosen und andere Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen endlich Sicherheit und Schutz von öffentlicher Seite bekommen. (DB)

Außerordentliche Mitgliederversammlung der EUD am 27.02.2021

Präsident Helmut Vogel und die 1. Vizepräsidentin Elisabeth Kaufmann nahmen an der außerordentlichen Mitgliederversammlung per Zoom-Videokonferenz am 27.02.2021 teil.



Foto: DGB

EUD-Präsident Markku Jokinen eröffnete die außerordentliche Mitgliederversammlung und kündigte an, dass die Entscheidung des EUD-Vorstands über den Rücktritt des Vizepräsidenten Dr. Gergely Tapolczai getroffen wurde. Dann begann eine offene Diskussion über LGBTIQ+ und andere Themen. Die EUD hat ein Erklärungspapier zur Intersektionalität verfasst und veröffentlicht, um die Einheit der EUD und ihrer Mitglieder zu stärken und die Vielfalt zu respektieren. Die EUD plante, ein Webinar zur Intersektionalität zu organisieren, das am 21.04.2021 stattfand. Danach wurde der Antrag auf die Aufnahme der Vollmitgliedschaft aus Luxemburg „Solidarität mit Hörgeschädigten asbl“ mehrheitlich angenommen. Zwei Anträge auf EUD-Satzungsänderungen (Nationale Gehörlosenverbände in den Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) als Vollmitglieder der EUD und Nutzung elektronischer Kommunikationsmittel) wurden genehmigt. Anschließend stimmten die EUD-Vollmitglieder für eine einjährige Verlängerung der Amtszeit des EUD-Vorstands wegen der Coronapandemie. Die Versammlung verlief allgemein konstruktiv und gut. (DB)

2. Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses am 02.03.2021

Der Koordinator des DBR-Arbeitsausschusses, Dr. Martin Danner von der BAG Selbsthilfe, begrüßte die Anwesenden und eröffnete die 2. Sitzung per Zoom-Videokonferenz am 02.03.2021, an der Daniel Bütter teilnahm. Die stellvertretende Koordinatorin Nicole Kautz gab einen Überblick über die Arbeit des DBR-Sekretariats. Das DBR-Sekretariat hat das DBR-Positionspapier zur Barrierefreiheit von Impfzentren und zur Arbeit mobiler Impfteams an alle Sozialministerien der Länder versandt. Einige Bundesländer haben geantwortet. Diese Rückmeldungen wurden in einer tabellarischen Übersicht zusammengetragen.

Die Ergebnisse der Gespräche mit dem Bundesbehindertenbeauftragten Jürgen Dusel am 04.02.2021, mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte am 09.02.2021 und mit dem BMAS am 10.02.2021 und am 16.02.2021 wurden vorgestellt. Das DBR-Sekretariat hat die DBR-Homepage aktualisiert und ein neues Layout des DBR-Newsletters gestaltet.

Die Initiative „Erklärung für Menschlichkeit und Vielfalt“ setzt sich aus Verbänden, Initiativen und Einrichtungen aus dem Bereich der Behindertenhilfe und Sozialpsychiatrie zusammen, um im Wahljahr

2021 in einer gemeinsamen Erklärung für eine klare Haltung gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu werben. Der DBR-Arbeitsausschuss zeichnet diese Initiative mit.

Auch aktuelle Gesetzgebungsverfahren (Reform der Kinder- und Jugendhilfe, Barrierefreiheitsgesetz, Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts, Medienstaatsvertrag, Versorgungsmedizinverordnung, Bundesteilhabegesetz), die Vorbereitung für das Gespräch mit dem Bundeskanzleramt am 18.03.2021 und die Bundestagswahl 2021 wurden in dieser Sitzung besprochen. (DB)

9. Sitzung des Expertenkreises der Bundesfachstelle Barrierefreiheit am 03.03.2021

An der neunten Sitzung des Expertenkreises der Bundesfachstelle Barrierefreiheit am 03.03.2021 nahm Daniel Büter teil. Herr Gülker und Herr Dr. Sieger begrüßten die Expert/-innen und berichteten über Aktuelles aus der Bundesfachstelle Barrierefreiheit. Die Bundesfachstelle hat eine Checkliste zur Barrierefreiheit von Impfbetrieben zusammengestellt, diese veröffentlicht und an das Bundesgesundheitsministerium mit dem Hinweis zur Weiterverbreitung versandt. Anschließend präsentierte die Bundesfachstelle ihre zehn Punkte des Arbeitsprogramms für das Jahr 2021: Barrierefreiheit in Bestandsgebäuden des Bundes, Barrierefreie Bundestagswahlen, Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen, Regionalkonferenz der Initiative SozialraumInklusiv, Bundesteilhabepreis, Vernetzung, Barrierefreiheit im Bereich Verkehr, Öffentlichkeitsarbeit, Gremien und Forschungsbegleitung. (DB)

Sitzung des DG-Fachausschusses Politik und Strategie am 08.03.2021

Helmut Vogel und Daniel Büter tauschten sich in der Sitzung des DG-Fachausschusses „Politik und Strategie“ per Zoom-Videokonferenz am 08.02.2021 mit den Vertreter/-innen der Mitgliedsverbände der DG über den Referentenentwurf zum Barrierefreiheitsgesetz, über das barrierefreie E-Rezept etc. aus.

Daniel Büter wirkte daran mit, eine Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft der Hörbehinderten – Selbsthilfe und Fachverbände e. V. (DG) zum Barrierefreiheitsgesetz zu verfassen. Diese Stellungnahme wurde am 12.03.2021 veröffentlicht. (DB)

36. Konsultationen der Monitoring-Stelle zur UN-BRK mit den behindertenpolitischen Verbänden am 10.03.2021

Die Monitoring-Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) führte am 10.03.2021 per Zoom-Videokonferenz die 36. Verbändekonsultationen durch. Es handelt sich bei den seit 2009 stattfindenden Konsultationen um ein inklusives Veranstaltungsformat, das den offenen Erfahrungs- und Informationsaustausch der Monitoring-Stelle mit den behindertenpolitischen Verbänden in Deutschland zum Ziel hat. Mittlerweile wurden mehr als 60 Organisationen eingeladen, daran teilzunehmen, darunter auch der DGB, den Daniel Büter vertrat.

Die Monitoring-Stelle zur UN-BRK berichtete kurz über ihre bisherige Arbeit und über den aktuellen Stand des Staatenprüfverfahrens. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Deutschland im Jahr 2021 geprüft wird. Es gab sechs Neubesetzungen im UN-Fachausschuss in Genf.

Zwei Hauptthemen wurden vorgestellt, diskutiert und vertieft: „Menschenrechtliche Lehren aus der Coronapandemie: Struktureller Veränderungsbedarf für zukünftige pandemische Lagen“ und „Barrierefreie Notruf-App „nora“: Stand der Entwicklung“ vom Herrn Heyer (Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen).

Der DGB forderte, dass die Nutzung eines Telefonvermittlungsdienstes bzw. Relay-Dienstes in Deutscher Gebärdensprache in der Notruf-App „nora“ integriert wird. Damit wären die Anforderungen an einen gleichwertigen Zugang zum Notruf im Rahmen der Umsetzung des EECC und des EAA erfüllt und die Bedürfnisse von Gehörlosen und anderen Menschen mit Hörbehinderungen im Notruf-App-System berücksichtigt. (DB)

Anhörung des BMAS zum Referentenentwurf zum Barrierefreiheitsgesetz am 10.03.2021

Am 02.03.2021 übersandte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) den Verbänden den Referentenentwurf zur Umsetzung der EU-Richtlinie 2019/882 über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen und lud sie zur Online-Anhörung zum Referentenentwurf am 10.03.2021 ein. Daniel Büter nahm diese Einladung an und nahm daran teil.

Über drei Stunden diskutierten die Behindertenverbände über Barrierefreiheit (Definition und Rechtsverordnung), Anwendungsbereiche (Produkte und Dienstleistungen), Unterstützung von

Kleinstunternehmen, Marktüberwachung und Rechtsdurchsetzung (Schlichtungsverfahren, Verwaltungsverfahren und Verbandsklagerecht).

Die Stellungnahme des DGB zum Referentenentwurf zur Umsetzung des European Accessibility Act (EAA) und zum Barrierefreiheitsgesetz wurde fristgerecht am 12.03.2021 an das BMAS abgeschickt. Am 24.03.2021 hat das Bundeskabinett das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG) beschlossen bzw. verabschiedet und in den Bundestag eingebracht. (DB)

Anhörung zum Diskussionsentwurf zur Stärkung barrierefreier Medienangebote und zur Umsetzung des European Accessibility Act am 19.03.2021

Die Rundfunkkommission der Länder veröffentlichte am 01.12.2020 einen Diskussionsentwurf zur Stärkung barrierefreier Medienangebote und zur Umsetzung des European Accessibility Act (EAA). Im Rahmen einer mündlichen Anhörung, die als Zoom-Videokonferenz stattfand, erörterten die Verbände diesen Diskussionsentwurf am 19.03.2021. Für den Deutschen Gehörlosen-Bund nahmen Thomas Zander und Daniel Büter an dieser Anhörung teil. Tagesordnungspunkte der Anhörung waren unter anderem die Definition von Barrierefreiheit, die Neufassung der allgemeinen Grundsätze, die Beschränkung der Barrierefreiheitsanforderungen im Hinblick auf die finanziellen und technischen Möglichkeiten, die Aufnahme des Terminus „Aktionspläne“. Der DGB begrüßt die verbesserten Regelungen zur Barrierefreiheit im vorliegenden Diskussionsentwurf, schlug jedoch die folgenden Ergänzungen und Änderungen vor:

- Die barrierefreie Nutzung soll grundsätzlich ohne Hilfsmittel gewährleistet werden.
- Barrierefreie Angebote sollen auch im linearen Angebot zum Standard gehören. Alle Nachrichtensendungen sowie Informationsangebote im Umfeld von Wahlen und Gefahrenlagen sollen linear zumindest mit Untertitelung und Verdolmetschung in Deutscher Gebärdensprache ausgestrahlt werden.
- Eine Kommission zur Durchsetzung der Maßnahmen soll eingerichtet werden.
- Die Beschwerdestellen sollen ausgebaut und Sanktionen für Menschen mit Behinderungen ermöglicht werden.

Unter Federführung der Freien Hansestadt Bremen wurden im Austausch mit Behindertenverbänden und Medienanbietern Regelungen erarbeitet, mit denen diese Ziele erreicht werden sollen. (DB)

4. Gesprächsrunde mit den Landesverbänden zum Thema Notruf-App am 22.03.2021

Bei der 4. Gesprächsrunde per Zoom-Videokonferenz am 22.03.2021 gaben Ulrich Heyer und Jörn Stracke vom Innenministerium des Landes NRW einen Input zum aktuellen Stand der Entwicklung der Notruf-App des Bundes „nora“. Außerdem gaben Sie Informationen über den Zeitplan und den Test. Die Landesverbände kritisierten die fehlende Barrierefreiheit der App, die die Kommunikation in Gebärdensprache nicht zulässt. Denn viele Gehörlose wünschen sich, direkt mit der Notrufabfragestelle in DGS kommunizieren zu können, genau wie Hörende Notrufe per Telefon absetzen können. Doch das Problem ist, dass die Innenministerien der 16 Bundesländern in einer gemeinsamen Ländervereinbarung festgestellt haben, dass Videotelefonie in Gebärdensprache nicht Teil der Anforderungen an die Notruf-App, das Vergabeverfahren bzw. die Ausschreibung war. Viele halten dies dennoch für nicht verständlich und betonen deutlich, dass in den Phasen 2 und 3 eine Weiterentwicklung stattfinden soll, um die Anbindung an den Telefonvermittlungsdienst in DGS in der Notruf-App „nora“ zu integrieren. Das begrüßt der DGB sehr! (DB)



Fotos: DGB

Fachgespräch zum Bundesteilhabegesetz am 23.03.2021

Der Bundesbehindertenbeauftragte Jürgen Dusel und sein Team veranstalteten das „Fachgespräch zum Bundesteilhabegesetz“, das am 23.03.2021 online stattfand. Daran nahm Daniel Büter teil. Ziel der Veranstaltung war es, Problemlagen rund um die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in den Ländern detailliert herauszuarbeiten und zu diskutieren.

Teilnehmende der Fachveranstaltung waren die Landesbehindertenbeauftragten, Selbstvertretungsorganisationen der Menschen mit Behinderungen sowie Verbände. Moderiert wurde die Veranstaltung von Helga Seel, Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation. Jürgen Dusel betonte bei der Eröffnung, wie wichtig besonders das Wissen und die Erfahrungen der Expert/-innen in eigener Sache seien.



Foto: Bundesbehindertenbeauftragter Jürgen Dusel

In vier Workshops widmeten sich die Teilnehmenden einen ganzen Tag lang den unterschiedlichen Bereichen des Bundesteilhabegesetzes, die hier kurz umrissen werden:

- **Personenzentrierung, Partizipation und Koordinierung von Leistungen:** Das Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (BTHG) nimmt einen grundlegenden Wandel im System der Sozialleistungen für Menschen mit Behinderungen vor. Es führt zu umfangreichen Veränderungen in der bisherigen Praxis. Der Koordination von Leistungen kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Aber wer entscheidet nun bis wann über welche Leistungen und wer bezahlt sie? In der Praxis führt das gegliederte Leistungssystem nach wie vor zu Zuständigkeitsfragen, Komplikationen und damit verbundenen Leistungsverzögerungen. Das Ziel ist jedoch die Gewährung von „Leistungen wie aus einer Hand“.
- **Soziale Teilhabe:** Durch das BTHG wurde das Fürsorgesystem in Deutschland durch ein moderneres Teilhaberecht abgelöst. Aus der Leistungsgruppe „Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft“ wurden die „Leistungen zur Sozialen Teilhabe“. Jedoch ergeben sich auch hier häufig Unklarheiten bei der Finanzierung von Assistenzleistungen nach § 78 SGB IX. Dies betrifft Assistenzbedarfe für Schulbegleitung, zum Nachteilsausgleich im Rahmen des Studiums, ehrenamtliches Engagement, die Assistenz im Krankenhaus oder Leistungen an Mütter und Väter mit Behinderungen.
- **Teilhabe am Arbeitsleben:** Auch die Teilhabe am Arbeitsleben im deutschen Sozialrecht wurde mit dem BTHG weiterentwickelt. Die Beschäftigungsmöglichkeiten für Personen, die andernfalls kaum Chancen auf eine Beschäftigung am allgemeinen Arbeitsmarkt haben, wurden erweitert. Zum Beispiel wurden mit den Instrumenten „Budget für Arbeit“ und „Andere Leistungsanbieter“ Alternativen zur Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) geschaffen. In der Praxis werden diese Instrumente jedoch kaum genutzt, weil weder Werkstattbeschäftigte noch Arbeitgeber dazu umfassend informiert werden. Zudem besteht kein Recht auf Vermittlungsunterstützung für das „Budget für Arbeit“.
- **Trennung existenzsichernder Leistungen von der Fachleistung:** Eine wesentliche Änderung im BTHG ist die Trennung von Leistungen, die sich aus dem „Prinzip der personenzentrierten Leistungsgewährung“ ergibt. Konkret heißt das, dass es für erwachsene Menschen mit Behinderungen zwei verschiedene Leistungsarten aus zwei verschiedenen Sozialgesetzbüchern gibt: auf der einen

Seite existenzsichernde Leistungen nach dem SGB XII – Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung; auf der anderen Seite Fachleistungen nach dem SGB IX – Eingliederungshilfe. Insbesondere für Menschen mit Behinderungen, die in einer der sogenannten besonderen Wohnformen (vormals „stationäre Einrichtung“) leben, bringen diese Änderungen jedoch zunächst hohe bürokratische Aufwände. Dies betrifft auch ihre gesetzlichen Betreuungspersonen. Auch Leistungsträger und Leistungserbringer stehen durch diese Trennung vor der Herausforderung, die bisher in stationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe erbrachten Komplexleistungen nach ihren Bestandteilen aufzuschlüsseln.

Die Ergebnisse der Veranstaltung werden nun aufbereitet und zusammengeführt, um sie sowohl an die verantwortlichen Stellen in Bund und Ländern als auch an Verantwortliche im parlamentarischen Bereich zu übergeben. (DB)

2. Sitzung der Arbeitsgruppe „Qualitätssicherung für Gebärdensprachfilme“ am 25.03.2021

Nach der ersten Sitzung per Zoom-Videokonferenz am 05.08.2019, an der Knut Weinmeister, Alexander von Meyenn, Uwe Schönfeld, Elisabeth Kaufmann und Daniel Büter teilgenommen haben, wurde die Arbeitsgruppe wegen der Coronapandemie stillgelegt. Nach mehr als eineinhalb Jahren griffen Elisabeth Kaufmann und Daniel Büter das Thema wieder auf und organisierten die 2. Sitzung per Zoom-Videokonferenz am 25.03.2021. Alexander von Meyenn, Uwe Schönfeld, Jan Sell, Knut Weinmeister, Benedikt Sequeira Gerardo, Elisabeth Kaufmann und Daniel Büter, also sieben Personen, nahmen an der 2. Sitzung teil und wirkten in der Arbeitsgruppe mit, um eine unabhängige Kommission zur Qualitätskontrolle und -sicherung für Gebärdensprachfilme zu bilden.

Das Ziel des Projekts der Arbeitsgruppe „Qualitätssicherung für Gebärdensprachfilme“ ist es, im Frühjahr 2022 in Berlin eine Fachtagung durchzuführen. Aus der Perspektive hörbehinderter und hörender Menschen, die sich mit der Übersetzung von Texten für Videos in Gebärdensprache befassen, sollen vor diesem Entwicklungshintergrund die Qualitätskriterien der Übersetzungen erörtert und die Bedingungen für barrierefreie Übersetzungen formuliert werden. In verschiedenen thematischen Workshops sollen ausgewählte Aspekte der Übersetzung in Gebärdensprache untersucht und diskutiert werden. Alle Workshops sollen von erfahrenen und überwiegend selbst hörbehinderten Expert/-innen geleitet werden. (EK und DB)



Foto: DGB

Gespräch über die Notruf-Software „Emergency Eye“ am 30.04.2021

Am 30.04.2021 führten das DGB-Fachteam „Notruf“ (Hans-Jürgen Kleefeldt und Daniel Büter) und Präsident Helmut Vogel ein Gespräch mit Prof. Dr. Günter Huhle, Stefanie Schmidt und Björn Blumeier per Zoom-Videokonferenz. In dem Gespräch, das ca. eine Stunde dauerte, ging es um die Software-Anwendung „EmergencyEye“. Im Vergabeverfahren hat EmergencyEye sich nicht gegen die Bevuta it GmbH durchgesetzt, weil das Innenministerium des Landes NRW vor der Vergabekammer in Köln einen Anforderungskatalog vorgelegt hat, in dem eindeutig eine App gefordert wurde. Prof. Dr. Günter

Huhle hingegen ist gegen eine App, da diese immer wieder aktualisiert werden muss und nicht jeder heruntergeladen hat. Außerdem wird der Werbeaufwand sehr groß sein.

Prof. Dr. Günter Huhle und sein Team haben eine Lösung geschaffen, mit der auch Gehörlose einfach die 112 wählen können, so wie jeder andere Mensch auch. Dann folgt die *112#. Mit diesem Verfahren wird der Telefonanlage der Leitstelle die Information gegeben, dass ein Gehörloser anruft. Dann kann über EmergencyEye ein Chat gestartet werden, es können Videobilder in der Leitstelle empfangen werden und der/die Notrufende wird lokalisiert, sodass schnell Rettungskräfte an den richtigen Ort gesendet werden. Die Kommunikation läuft über den Chat.

Prof. Dr. Günter Huhle und sein Team haben EmergencyEye bis zu einem bestimmten Stand entwickelt und können den Gehörlosenotruf jederzeit fertigstellen. Derzeit haben sie die Entwicklung auf diesem Stand eingefroren.

Das DGB-Fachteam „Notruf“ kommuniziert mit dem Innenministerium des Landes NRW und versucht, ein gemeinsames Gespräch zu verabreden. Prof. Dr. Günter Huhle, Stefanie Schmidt und Björn Blumeier werden bei der 6. Gesprächsrunde mit den Landesverbänden per Zoom-Videokonferenz am 14.06.2021 einen Vortrag über EmergencyEye halten.

Stefanie Schmidt und Björn Blumeier sind bereit, die Notruf-App des Bundes „nora“ zu testen und Rückmeldungen hierzu abzugeben. (DB)



Foto: DGB

Inklusionstage 2021 des BMAS am 03.05. und 04.05.2021

Seit 2021 veranstaltet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales jedes Jahr die Inklusionstage. Unter dem Motto „Zusammen. Selbstbestimmt. Arbeiten“ fanden die Inklusionstage des BMAS zum Thema einer inklusiven Arbeitswelt am 03.05. und 04.05.2021 online im Livestream statt.

In seinem Grußwort bekräftigte der Bundesminister für Arbeit und Soziales Hubertus Heil die Notwendigkeit einer strengeren Ausgleichsabgabe. Er halte die Einführung einer vierten Staffel bei der Ausgleichsabgabe für Arbeitgeber mit einer Beschäftigungsquote von null Prozent nach wie vor für unentbehrlich.

In den zwölf Gesprächsrunden stand der Austausch über die vielfältigen Ansätze und Initiativen für mehr Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in der Arbeitswelt im Mittelpunkt. Die Frage „Wie verbessern wir die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in der Arbeitswelt?“ wurde von Expert/-innen aus unterschiedlichen Perspektiven beantwortet und es wurden gute Beispiele angeführt.

Der gehörlose Thomas Zander übernahm die Moderation der 3. Gesprächsrunde zum Thema „Berufliche Teilhabe für Menschen mit Behinderungen durch Hilfsmittel und Assistenzen“ und tauschte sich mit vier Gästen darüber aus.

Die Bereitstellung der Inklusionstage in Deutscher Gebärdensprache und mit Untertitelung war sehr zufriedenstellend! (DB)



Fotos: BMAS

3. Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses am 05.05.2021

Am 05.05.2021 fand die 3. Arbeitsausschusssitzung des Deutschen Behindertenrates per Zoom-Video-Konferenz statt. Daniel Büter beteiligte sich daran und tauschte sich mit anderen Teilnehmer/-innen über den Kurzbericht zur Arbeit des DBR-Sekretariats, aktuelle Gesetzgebungsverfahren (Barrierefreiheitsstärkungsgesetz, Bundesteilhabegesetz, Teilhabestärkungsgesetz), über die Versorgungsmedizinverordnung, die Bundestagswahl 2021 und die DBR-Welttagsveranstaltung 2021 aus. (DB)

Onlineveranstaltung „Gehörlosenkultur fördern“ am 05.05.2021

Die Interessengemeinschaft Gehörloser jüdischer Abstammung in Deutschland (IGJAD) veranstaltete am 05.05.2021 eine zweistündige Onlineveranstaltung zur Umsetzung des Artikels 30 Absatz 4 der UN-BRK. Zu Beginn der Veranstaltung mit dem Titel „Gehörlosenkultur fördern. Eine Standortfrage im Hinblick auf die Erinnerungskultur“ hielt Mark Zaurov ein Impulsreferat über die Gehörlosenkultur und die Geschichte der jüdischen Gehörlosen. Anschließend diskutierte er mit neun Gästen: Michael Frieser (CDU/CSU), Erhard Grundl (Bündnis 90/Die Grünen), Helge Lindh (SPD), Thomas Hacker (FDP), Simone Barrientos (Die Linke), Dr. Leander Palleit (Monitoringstelle zur UN-BRK des Deutschen Instituts für Menschenrechte), Prof. Dr. Michael Hollmann (Präsident des Bundesarchivs), Prof. Dr. Christian Rathmann (HU Berlin) und Prof. Dr. Barbara Hänel-Faulhaber (Universität Hamburg). Der Fokus dieser interessanten Diskussion lag auf der Anerkennung der Deutschen Gebärdensprache als Minderheitensprache. (DB)

9. Sitzung des Inklusionsbeirates am 07.05.2021

Aufgrund der weiterhin bestehenden coronapandemischen Lage fand die 9. Sitzung des Inklusionsbeirates am 07.05.2021 erneut in Form einer Zoom-Video-Konferenz statt. Jürgen Dusel, der Behindertenbeauftragte des Bundes, berichtete über aktuelle Themen des Arbeitsstabes und stellte seine Positionierung zum Gewaltschutz im Teilhabestärkungsgesetz vor. Daniel Büter war anwesend und tauschte sich mit den Mitgliedern des Inklusionsbeirates über das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz und das Teilhabestärkungsgesetz sowie über die bisherigen Arbeitsstände der vier Arbeitsgruppen (Stärkung der Selbstvertretung, Wohnen und Leben, Digitalisierung und Barrierefreiheit und Teilhabe am Arbeitsleben) aus. Die nächste Sitzung des Inklusionsbeirates wird am 10.09.2021 stattfinden. (DB)

Sitzung des DG-Fachausschusses Politik und Strategie am 17.05.2021

Am 17.05.2021 begrüßte Prof. Dr. Ulrich Hase, Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft der Hörbehinderten – Selbsthilfe und Fachverbände (DG), acht anwesende Personen, darunter Helmut Vogel, Präsidenten des Deutschen Gehörlosen-Bundes (DGB), und Daniel Büter, und eröffnete die Fachausschusssitzung „Politik und Strategie“.

Notruf-App „nora“

Einige Mitgliedsverbände haben die Notruf-App „nora“ bereits getestet und positive und negative Rückmeldungen gegeben. Auch die Änderung des Telekommunikationsgesetzes wurde besprochen. Der DGB fordert, den Telefonvermittlungsdienst in der Notruf-App „nora“ zu integrieren. Aktuell besteht kein Auftrag für Tess, an einer entsprechenden Schnittstelle zu arbeiten. Es ist jedoch kein Argument ersichtlich, das gegen eine Schnittstelle sprechen würde. Falls es Hürden gäbe, sollten diese angegangen werden. Sabine Broweleit, Geschäftsführerin der Tess – Sign & Script – Relay-Dienste für hörgeschädigte Menschen GmbH, wird zur nächsten Sitzung eingeladen, um zu dem Thema noch einmal Auskünfte zu geben. Das Innenministerium des Landes NRW hat Tess explizit als Kooperationspartner benannt. Eine Schnittstelle scheint daher bereits geplant zu sein.

Barrierefreiheitsstärkungsgesetz

Alle Mitgliedsverbände halten das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz für recht schwach formuliert. (Übergangsfrist von bis zu 15 Jahren ab 2025, Marktüberwachung zentral auf Bundesebene, Bußgelder zu gering).

Über weitere Themen (barrierefreies E-Rezept, barrierefreie Arztpraxen, Parallelbericht zur 2. Staatenprüfung Deutschlands, Interviewanfragen (DLF-Gesprächsanfrage und Universität Witten/Herdecke), DSB-Strategie-Workshop, Rehacare etc.) wurde diskutiert. Die nächste Sitzung wird am 12.07.2021 stattfinden. Nach der Sitzung verfassten Jens Handler (DG), Annalea Schröder (DCIG) und Daniel Büter (DGB) eine gemeinsame Pressemitteilung, die am 21.05.2021 veröffentlicht wurde: „Das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz wird seinem Namen nicht gerecht!“. (DB)

5. Gesprächsrunde mit den Landesverbänden zum Thema Notruf-App am 18.05.2021

Am Abend des 18.05.2021 tauschten sich das Fachteam „Notruf“ des DGB und die Landesverbände in der 5. Gesprächsrunde zum Thema Notruf-App per Zoom-Videokonferenz über Rückmeldungen zum Test der Notruf-App „nora“ und die politische Strategie aus.

Bei der Notruf-App „nora“ sind einige Anforderungen erfolgreich erfüllt worden: Ortung (GPS-Funktion), textbasierter Chat, Piktogramme, Android/iOS, Kostenfreiheit und die direkte Verbindung zur Leitstelle. Die App „nora“ ermöglicht es, mit geringer Datenrate bzw. Bandbreite (EDGE) einen Notruf abzusetzen. Allerdings fehlt die Möglichkeit zur Nutzung von Videotelefonie in Gebärdensprache.

Daher verfasste das Fachteam „Notruf“ den Entwurf einer Stellungnahme: „Mit der Notruf-App des Bundes ‚nora‘ müssen Notrufe per Videotelefonie in Gebärdensprache möglich sein!“.

Zum Schluss wurde empfohlen, einen Rechtsanwalt zu kontaktieren, um rechtliche Schritte zu prüfen. (DB)

Onlinevortrag von Dr. Liisa Kauppinen am 19.05.2021

Die 82-jährige weltbekannte Ehrenpräsidentin des Weltverbandes der Gehörlosen (WFD) und finnische Menschenrechtsaktivistin Dr. Liisa Kauppinen erzählte in ihrem Onlinevortrag über ihre Reflexionen, Erfahrungen und Inspirationen zu ihrer Menschenrechtsarbeit und über die Arbeit des WFD.

Anlässlich des 70-jährigen Jubiläums des WFD gaben Dr. Liisa Kauppinen und Dr. Joseph Murray, Präsident des WFD, einen Einblick in die Entwicklung des WFD und die Auswirkungen auf die Rechte gehörloser Menschen auf der ganzen Welt. Weltweit sahen über 1.000 Teilnehmer/-innen diesem Onlinevortrag zu und posteten zahlreiche Tweets auf Twitter.

Dr. Liisa Kauppinen hat sich ihr Leben lang für die Gehörlosengemeinschaft eingesetzt und war unter anderem maßgeblich an den Verhandlungen zur Erarbeitung der UN-Behindertenrechtskonvention beteiligt. Mehr als 30 Jahre engagierte sie sich im WFD, ab 1983 als Vizepräsidentin, dann ab 1987 als Generalsekretärin und schließlich von 1995 bis 2003 als erste weibliche Präsidentin.

Am 10.12.2013 erhielt sie in New York den Menschenrechtspreis der Vereinten Nationen (UN) – sie war erste gehörlose und erste finnische Person, die diesen Preis erhielt. Dieser Preis – eine von vielen Auszeichnungen, die sie für ihre Pionierarbeit erhalten hat – wird seit 1986 verliehen und soll herausragende Leistungen zur Förderung der Menschenrechte würdigen.

Im Jahr 2015 wurde der Dr. Liisa Kauppinen Fund vom WFD gegründet, um ihr unermüdliches Engagement zu würdigen und Aktivitäten zu finanzieren, die sich auf die Gehörlosengemeinschaft konzentrieren, insbesondere auf die Stärkung gehörloser Mädchen und Frauen, um ihre Rechte und den Zugang zu Bildung zu fördern. Dr. Liisa Kauppinen ist eine wahre Heldin für Behindertenrechte! (DB)



Fotos: WFD

Onlinetreffen der LIGA Selbstvertretung am 19.05.2021

Als politische Interessenvertretung der Selbstvertretungsorganisationen behinderter Menschen in Deutschland führte die LIGA Selbstvertretung am 19.05.2021 ein Onlinetreffen per Zoom-Videokonferenz durch. Dr. Sigrid Arnade, Eileen Friesecke und Ottmar Miles-Paul als Sprecher/-innen der LIGA Selbstvertretung begrüßten die dreizehn Mitgliedsverbände und berichteten über die Aktivitäten der LIGA Selbstvertretung seit dem letzten Treffen und über den Stand der 2. Staatenprüfung zur UN-BRK. Aktuelle Gesetzgebungsverfahren (Barrierefreiheitsstärkungsgesetz, Teilhabestärkungsgesetz, Kinder- und Jugendstärkungsgesetz), Partizipationsfonds, die Istanbul-Konvention, Aktuelles zur Corona-Situation (Impfen und Teilhabe) und der Wahlkampf in Sachsen-Anhalt und im Bund wurden thematisiert. Das nächste Onlinetreffen der LIGA Selbstvertretung wird am 02.09.2021 stattfinden. (DB)

Konferenz zu digitaler Barrierefreiheit: Digital Accessibility Summit am 20.05.2021

Anlässlich des Global Accessibility Awareness Day (GAAD), des weltweiten Aktionstags für digitale Barrierefreiheit, organisierten Jürgen Dusel, Behindertenbeauftragter der Bundesregierung, und Dorothee Bär, Staatsministerin für Digitalisierung im Bundeskanzleramt, gemeinsam den virtuellen Digital Accessibility Summit (DAS) am 20.05.2021.

Dabei diskutierten 30 Speaker, Podiumsgäste und über 5.000 Zuschauer/-innen über die folgenden Fragen: Wie sieht es mit der digitalen Barrierefreiheit in Deutschland aus? Warum ist Barrierefreiheit ein Mehrwert für Unternehmen – und welche guten Beispiele gibt es im Bereich der digitalen Bildung? Was bedeutet barrierefreies Gaming, wie funktioniert inklusive Medienarbeit und wie poste ich eigentlich barrierefrei auf Social Media?

Jürgen Dusel sagte in seinem Eingangsstatement: „In Deutschland leben ungefähr 13 Millionen Menschen mit verschiedenen Beeinträchtigungen. Die großen Potenziale der Digitalisierung sind für sie aber nur dann nutzbar, wenn Plattformen und Produkte von Beginn an barrierefrei konzipiert sind. Deswegen dürfen wir Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen: erst eine digitale Infrastruktur bauen oder eine Plattform entwickeln und dann erst hinterher merken: Das ist nicht barrierefrei. Das ist schlichtweg unprofessionell. Wir müssen dazu übergehen, Barrierefreiheit als Qualitätsstandard für ein modernes Land zu begreifen. Mit dem Digital Accessibility Summit wollen wir auch konkretes Handwerkszeug für mehr digitale Barrierefreiheit vermitteln“, so Dusel.

Dorothee Bär betonte: „Für Menschen mit Behinderungen ist Barrierefreiheit ein Grundrecht und essenziell. Aber sie ist auch ein großer Vorteil und eine Bereicherung für alle anderen Gesellschaftsgruppen: Kinder, Jugendliche, betagte Menschen, Menschen mit anderen Sprach- und Kulturhintergründen und Menschen mit noch wenigen digitalen Kompetenzen. Mit mehr Barrierefreiheit kommt mehr Vielfalt in die digitale Welt. Das ist für mich auch Bestandteil einer modernen Demokratie. Beim Digital Accessibility Summit wollen wir dafür sensibilisieren, unseren digitalen Raum so zu gestalten, dass dort alle zusammenkommen und teilhaben können – und dass das gar nicht so schwer ist.“



Foto: Bundesbehindertenbeauftragter Jürgen Dusel

Der DAS 2021 richtet sich an Menschen, die mehr über digitale Barrierefreiheit erfahren wollen – sowohl in der Theorie als auch in der Praxis. Speaker sind unter anderem Inklusionsaktivist/-innen, Unternehmensvertreter/-innen von zum Beispiel Netflix oder der Bitkom, Bildungsexpert/-innen oder

Journalist/-innen. Erreicht werden sollen Zielgruppen, die beruflich an potenziellen Schnittstellen für Barrierefreiheit arbeiten: Software-Entwickler/-innen, Hardware-Designer/-innen, Kommunikator/-innen in Agenturen, Medienmacher/-innen, Öffentlichkeitsarbeiter/-innen, Verantwortliche in Unternehmen. Der Digital Accessibility Summit 2021 ist eine Fachveranstaltung, die sich mit kurzweiligen und informativen Beiträgen jedoch auch an eine breite Öffentlichkeit wendet.

Zwei Fachleute, Sven Niklas von der Bundesfachstelle Barrierefreiheit und Kilian Knörzer, Mitarbeiter beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und Gebärdensprachdolmetscher, diskutierten das Thema digitale Barrierefreiheit im Kontext der Gebärdensprache. Wer heute digitale Angebote entwickelt, für den sollte Gebärdensprache selbstverständlicher Bestandteil sein. (DB)

Sitzung der Arbeitsgruppe „Deutsche Gebärdensprache in digitalen Anwendungen“ des Ausschusses für barrierefreie Informationstechnik am 28.05.2021

Die Überwachungsstelle des Bundes für Barrierefreiheit von Informationstechnik (BFIT-Bund) unter der Leitung von Michael Wahl, Alexander Pfungstl und Marko Zesch hat die Aufgabe, die Barrierefreiheit in der digitalen und kommunikativen Welt im Sinne der EU-Richtlinie 2016/2102, des § 13 Absatz 3 BGG sowie der BITV 2.0 umzusetzen und digitale Barrieren zu überwinden.

Pro Jahr werden zwei Sitzungen des Ausschusses für barrierefreie Informationstechnik stattfinden. 35 Personen, darunter Ralph Raule und Daniel Büter, wirken im Ausschuss für barrierefreie Informationstechnik mit.

Einige Arbeitsgruppen wurden bereits gegründet – darunter auch die 7. Arbeitsgruppe „Deutsche Gebärdensprache in digitalen Anwendungen“.

Am 28.05.2021 fand die Sitzung der 7. Arbeitsgruppe per Microsoft Teams statt, an der Daniel Büter teilnahm. Es ging um die Aktualisierung der BITV 2.0 im Hinblick auf die Anforderungen bezüglich der Deutschen Gebärdensprache (inhaltliche Weiterentwicklung, Möglichkeiten zur Prüfung), um die Positionierung zu DGS-Avataren, um Qualitätskriterien für gute Gebärdensprache, den Austausch zu nicht deutschen Inhalten auf deutschen Webseiten, die Sammlung von Best-Practice-Beispielen für DGS (Videos), die Definition von Erfolgskriterien, die gute Dolmetscher/-innen ausmachen und um das Erstellen von Prüfmustern für DGS.

Ralph Raule übernimmt die Leitung dieser Arbeitsgruppe. Die nächsten Sitzungen der 7. Arbeitsgruppe werden jeden vierten Dienstag im Monat online per Microsoft Teams stattfinden. (DB)

6. Gesprächsrunde mit den Landesverbänden zum Thema Notruf am 14.06.2021

Die 6. Gesprächsrunde fand am Montag, dem 14.06.2021 abends per Zoom-Videokonferenz statt. Prof. Dr. Günter Huhle, Steffi Schmidt und Björn Blumeier hielten einen Vortrag, in dem sie Emergency Eye vorstellten. Anschließend gab es eine Diskussion mit Vertreter/-innen der Landesverbände der Gehörlosen und dem Fachteam „Barrierefreier Notruf“.

Bei Emergency Eye handelt es sich um eine Software-Anwendung in der Notrufleitstelle und nicht um eine Notruf-App. Ein/-e Gehörlose/-r tippt *112# auf dem Smartphone, um die Notrufleitstelle anzufragen. Eine Vorinstallation auf dem Smartphone ist nicht erforderlich. Daraufhin sendet die Notrufleitstelle eine SMS mit einem Link zurück, um die Datenverbindung aufzubauen. Anschließend können folgende Funktionen des Smartphones genutzt werden: Ortung, Live-Chat, Live-Video-Verbindung vom Notfallort und Fotos.



Foto: DGJ

Im Jahr 2020 wurde durch die Vergabekammer in Köln in einem Nachprüfungsverfahren geklärt, dass Emergency Eye die vom Innenministerium des Landes NRW gestellten Anforderungen nicht erfüllt hat. Das Fachteam „Notruf“ des DGB bedauert, dass es keinen Austausch über den die Fortsetzung der politischen Strategie gegeben hat. Dieser Austausch ist auf die nächste Gesprächsrunde am 05.07.2021 verschoben worden. (DB)

37. Konsultationen der Monitoring-Stelle zur UN-BRK mit den behindertenpolitischen Verbänden am 16.06.2021

Die Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention veranstaltete am 16.06.2021 per Zoom-Video-Konferenz die 37. Verbändekonsultationen. Daniel Büter nahm als Vertreter des Deutschen Gehörlosen-Bundes an diesem offenen Erfahrungs- und Informationsaustausch mit den behindertenpolitischen Verbänden teil.

Die Bundestagswahl 2021 hinsichtlich der Umsetzung der UN-BRK in der nächsten Wahlperiode, aktuelle Entwicklungen im Bereich der inklusiven Bildung in Bezug auf ein Beschwerdeverfahren beim Bundesverfassungsgericht und beim UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Beschwerden gegen eine Beschulung an einer Förderschule in Rheinland-Pfalz gegen den Willen) und Entwicklungen auf UN-Ebene zu den Rechten Älterer waren drei Schwerpunkte, die angesprochen und diskutiert wurden. (DB)

Experteninterview mit dem Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik über die Verbesserung der Barrierefreiheit am 23.06.2021

Das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) GmbH wurde vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales beauftragt zu untersuchen, wie barrierefreie Sozialräume im Rahmen des Bundesprogramms verbessert und gefördert werden sollen.

Als Vertreter des Deutschen Gehörlosen-Bundes hat Daniel Büter an einem Experteninterview zum Thema der Ermittlung von Förderbedarfen von gehörlosen Menschen für die Verbesserung der Barrierefreiheit teilgenommen und die Fragen beantwortet. (DB)

Online-Veranstaltung „Doppelte kulturelle Minderheit“ am 29.06.2021

In Kooperation mit der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) bot die Interessengemeinschaft Gehörloser jüdischer Abstammung in Deutschland (IGJAD) am Abend des 29.06.2021 die zweite Online-Veranstaltung an: „Doppelte kulturelle Minderheit. Gehören taube Jüdinnen und Juden auch zur jüdischen Vielfalt und dt. Erinnerungskultur?“

Helmut Vogel und Daniel Büter nahmen daran teil.

Artikel 30 Absatz 4 der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) besagt, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen Anspruch auf Anerkennung und Unterstützung ihrer spezifischen kulturellen und sprachlichen Identität haben, einschließlich der Gebärdensprachen und der Gehörlosenkultur.

Die Erinnerungskultur ist nach zwei Weltkriegen und der Wiedervereinigung von großer Bedeutung und ein Spiegelbild unserer heutigen Gesellschaft. In letzter Zeit verfestigt sich die Einsicht, dass verschiedene Perspektiven von Erinnerungskulturen existieren. Die Pluralität des Erinnerns umfasst dabei aber nicht alle Bereiche. Dies betrifft beispielsweise taube Jüdinnen und Juden, die bis heute in keinem Museum oder Gedenkort repräsentiert sind, ob-wohl die Inklusion durch die UN-BRK garantiert sein sollte. Bis jetzt haben die entsprechenden Institutionen für eine barrierefreie Nutzung ihrer Angebote gesorgt – inhaltlich wurden die Richtlinien noch nicht umgesetzt. Somit wird derzeit nur die Geschichtsschreibung der nichtbehinderten Mehrheitsgesellschaft dargestellt und eine paritätische Inklusion findet nicht umfassend statt. Wie kann Artikel 30 der UN-BRK, und hier vor allem der Absatz 4, so umgesetzt werden, dass taube Jüdinnen und Juden als Teil einer kulturellen und sprachlichen Einheit auch in der Erinnerungskultur sichtbar sind und wahrgenommen werden? Diese Fragen wurden bei der Online-Veranstaltung diskutiert und beantwortet. Dieser Text stammt von <https://www.igjad.de/information.html> (Stand: 12.07.2021) (DB)

3. Sitzung der Arbeitsgruppe „Qualitätssicherung für Gebärdensprachfilme“ am 30.06.2021

Bei der 3. Sitzung per Zoom-Videokonferenz am 30.06.2021 diskutierten Knut Weinmeister, Alexander von Meyenn, Jan Sell, Ralph Raule, Helmut Vogel und Daniel Büter über weitere Schritte. Uwe Schönfeld und Benedikt Sequeira Gerardo konnten nicht daran teilnehmen, und auch Elisabeth Kaufmann fehlte aus familiären Gründen. Daher übernahm Daniel Büter die Leitung der Arbeitsgruppe. Die Inhalte aus dem Antrag des Landesverbandes der Gehörlosen Bremen sollen stärker fokussiert werden. Das Ziel ist die Entwicklung und Umsetzung einer Strategie zur Qualitätskontrolle und -sicherung im Bereich der Übersetzungen von schriftsprachlichen Informationen in die DGS, die im Internet in Form von Gebärdensprachvideos angeboten werden. Der erste Schritt, die Einrichtung einer Arbeitsgruppe, ist bereits getan. Im zweiten Schritt soll nun besprochen werden, wie wir die Einrichtung einer Kommission vorbereiten, diese aufbauen und umsetzen und wie die Finanzierung aussieht. Darin besteht unsere Aufgabe und dies ist unser Ziel. Andere Themen, z. B. die Organisation einer Fachtagung bzw. eines Workshops, die Benennung der Qualitätskriterien, die Entscheidung, wer schriftsprachliche Informationen in die DGS übersetzen darf (Gebärdensprachdozent/-innen, Schauspieler/-innen), eine Umfrage, die Zertifizierungsstelle bzw. Registerliste etc. fallen nicht in unseren Aufgabenbereich, sondern sind Aufgabe der Kommission.

Wir haben beschlossen, einen Antrag zur Einrichtung einer Kommission für die Bundesversammlung des DGB 2021 in Kiel zu schreiben. Die Benennung der Kommissionsmitglieder, die Beschreibung der Aufgaben und der Ziele der Kommission (Geschäftsordnung), Qualitätskriterien, der Zeitplan bzw. Fahrplan (viermal innerhalb eines Jahres oder einmal monatlich) und der Haushaltsplan werden in einen Antrag aufgenommen, der dort gestellt, vorgestellt und abgestimmt werden soll. Der erste Antragsentwurf wird der Arbeitsgruppe „Qualitätssicherung für Gebärdensprachfilme“ im August/September 2021 per Mail zugesendet. Darüber wird bei der 4. Sitzung am 17.08.2021 gesprochen, um Rückmeldungen zu geben und Änderungen und Ergänzungen einzubringen. Dann wird der Antrag überarbeitet und dem Präsidium des DGB per Mail zugesendet. (DB)



Foto: DGB

DGB-Pressemitteilungen

- Pressemitteilung 01/2021 „Ein starkes Signal: Wie die USA wieder zum Inklusionsvorbild werden“ (22.01.2021)
- Pressemitteilung 02/2021 „Neue Webseite bbgs.net gestartet und Informationen zum Online-Bildungskongress!“ (05.02.2021)
- Pressemitteilung 03/2021 „Steffen Helbing ist als 2. Vizepräsident des DGB zurückgetreten“ (10.02.2021)
- Pressemitteilung 04/2021 „Notfall beim Notruf: Gehörlose müssen endlich einen gleichwertigen Zugang zu Notdiensten wie Hörende bekommen!“ (11.02.2021)
- Pressemitteilung 05/2021 „Der Deutsche Gehörlosen-Bund verlangt Nachbesserungen am geplanten Barrierefreiheitsgesetz“ (12.03.2021)
- Pressemitteilung 06/2021 „Der 4. Bildungskongress (online) – endlich ist es so weit!“ (16.04.2021)
- Pressemitteilung 07/2021 „Deutsche Gebärdensprache ist als Immaterielles Kulturerbe der UNESCO anerkannt!“ (11.05.2021)

- Pressemitteilung 08/2021 „Hans-Jürgen Kleefeldt tritt die Nachfolge für den vakanten Posten des 2. Vizepräsidenten an“ (14.06.2021)
- Pressemitteilung 09/2021 „Wahlprüfsteine des Deutschen Gehörlosen-Bundes zur Bundestagswahl 2021“ (24.06.2021)

DGB-Stellungnahmen

- Stellungnahme 01/2021 „Dringende Handlungsempfehlungen zur COVID-19-Impfung“ (01.02.2021)
- Stellungnahme 02/2021 „zum Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales – Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/882 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen bzw. des European Accessibility Act (EAA) (Barrierefreiheitsgesetz –BFG)“ (12.03.2021)
- Stellungnahme 03/2021 „Das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz: Stärkt es gehörlose Personen wirklich?“ (04.05.2021)

DGB-Filme

- DGB-Film 01/2021 in Gebärdensprache: „Neue Webseite bbbgs.net gestartet und Informationen zum Online-Bildungskongress!“ (Link zum Video [hier](#)) (05.02.2021)
- DGB-Film 02/2021 in Gebärdensprache: „Gehörlose müssen gleichwertigen Zugang zu Notdiensten wie Hörende bekommen!“ (Link zum Video [hier](#)) (11.02.2021)
- DGB-Film 03/2021 in Gebärdensprache: „Grußwort der Vizepräsidentin Elisabeth Kaufmann zum Weltfrauentag am 8. März 2021“ (Link zum Video [hier](#)) (08.03.2021)
- DGB-Film 04/2021 in Gebärdensprache: „Der DGB verlangt Nachbesserungen am geplanten Barrierefreiheitsgesetz“ (Link zum Video [hier](#)) (12.03.2021)
- DGB-Film 05/2021 in Gebärdensprache: „Das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz: Stärkt es gehörlose Personen wirklich?“ (Link zum Video [hier](#)) (04.05.2021)
- DGB-Film 06/2021 in Gebärdensprache „Deutsche Gebärdensprache ist als Immaterielles Kulturerbe der UNESCO anerkannt!“ (Link zum Video [hier](#)) (11.05.2021)
- DGB-Film 07/2021 in Gebärdensprache „Wahlprüfsteine des Deutschen Gehörlosen-Bundes zur Bundestagswahl 2021“ (Link zum Video [hier](#)) (29.06.2021)

Dokumente des Deutschen Bundestages

Vormundschafts- und Betreuungsrecht

- 1. Lesung am 26.11.2020, Link [hier](#)
- Anhörung am 16.12.2020, Link [hier](#)
- 2./3. Lesung am 05.03.2021, Link [hier](#)

Telekommunikationsmodernisierungsgesetz

- 1. Lesung am 29.01.2021, Link [hier](#)
- Anhörung am 01.03.2021, Link [hier](#)
- 2./3. Lesung am 22.04.2021, Link [hier](#)

Teilhabeberichtsstärkungsgesetz

- 1. Lesung am 26.03.2021, Link [hier](#)
- Anhörung am 19.04.2021, Link [hier](#)
- 2./3. Lesung am 22.04.2021, Link [hier](#)
- 2./3. Lesung (FDP) am 05.05.2021, Link [hier](#)

Barrierefreiheitsstärkungsgesetz

- 1. Lesung am 22.04.2021, Link [hier](#)
- Anhörung am 17.05.2021, Link [hier](#)
- 2./3. Lesung am 20.05.2021, Link [hier](#)

Wilfried Oellers (Behindertenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion)

- „Ein gutes Paket für mehr Teilhabe“ (03.02.2021), Link [hier](#)
- „Dritter Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen“ (03.03.2021), Link [hier](#)
- „Weitere Schritte in Richtung einer inklusiven Gesellschaft“ (22.04.2021), Link [hier](#)
- „Wir machen Europa inklusiver und barrierefreier“ (05.05.2021), Link [hier](#)

- „Barrierefreiheitsstärkungsgesetz“ (20.05.2021), Link [hier](#)
- Finanzierung der Begleitung von Menschen mit Behinderungen im Krankenhaus (23.06.2021), Link [hier](#)

Angelika Glöckner (Behindertenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion)

Auf ihrer Webseite unter <https://www.angelika-gloeckner.info> ist keine Pressemitteilung zur Behindertenpolitik auffindbar.

Jens Beeck (Teilhabepolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion)

Parlamentsarbeit

- Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Sicherung der Entgelte der Menschen mit Behinderungen in Werkstätten“ (Drucksache 19/26095, 25.01.2021), Link [hier](#)
- Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Barrierefreiheit am Flughafen Berlin Brandenburg“ (Drucksache 19/26742, 17.02.2021), Link [hier](#)
- Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Belange der Menschen mit Behinderungen bei der Impfung gegen das SARS-CoV-2-Virus“ (Drucksache 19/27312, 03.03.2021), Link [hier](#)
- Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Betreuung von Rehabilitanden durch die Bundesagentur für Arbeit in der Corona-Pandemie“ (Drucksache 19/27576, 16.03.2021), Link [hier](#)
- Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Wohnformen in der Eingliederungshilfe“ (Drucksache 19/29578, 11.05.2021), Link [hier](#)

Neuigkeiten

- „FREIHAUS 2021-1: Impfung für Menschen mit Behinderungen“ (11.01.2021), Link [hier](#)
- „Verhandlungen über Kostenübernahme unbedingt notwendig“ (18.01.2021), Link [hier](#)
- „Bundesregierung stiehlt sich aus der Verantwortung“ (09.03.2021), Link [hier](#)
- „Beeck: Wir brauchen einklagbares Recht“ (22.03.2021), Link [hier](#)
- „Teilhabestärkungsgesetz bleibt hinter Erwartungen zurück“ (26.03.2021), Link [hier](#)
- „FREIHAUS 2021-6: Bundesregierung bei Teilhabe mutlos“ (08.06.2021), Link [hier](#)
- „Beeck: Assistenz muss umgehend ermöglicht werden“ (16.06.2021), Link [hier](#)

Sören Pellmann (Sprecher für Behindertenpolitik der Bundestagsfraktion DIE LINKE)

Parlamentsarbeit

- Antrag „Tierische Assistenz ermöglichen – Assistenzhunde für Menschen mit Behinderungen gesetzlich garantieren“ (Drucksache 19/27316, 04.03.2021), Link [hier](#)
- Antrag „Gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen deutlich verbessern und Selbstbestimmte Lebensführung garantieren“ (Drucksache 19/27299, 04.03.2021), Link [hier](#)
- Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Einflussnahme von Interessenvertreterinnen und Interessenvertretern auf den Gesetzentwurf der Bundesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sowie zur landesrechtlichen Bestimmung der Träger der Sozialhilfe (Teilhabestärkungsgesetz)“ (Drucksache 19/30097, 21.05.2021), Link [hier](#)

Pressemitteilungen

- „Menschen mit Behinderungen besser vor Übergriffen in Einrichtungen schützen – zügig mehr inklusive Angebote entwickeln“ (18.01.2021), Link [hier](#)
- „Gesetz zum Vormundschafts- und Betreuungsrecht entspricht noch immer nicht vollständig der UN-Behindertenrechtskonvention“ (05.03.2021), Link [hier](#)
- „Teilhabestärkungsgesetz bleibt hinter den gestreckten Erwartungen zurück“ (27.03.2021), Link [hier](#)
- „Statt eines linken Stärkungsgesetzes, gibt es lediglich ein Teilhabestärkungsgesetzchen“ (22.04.2021), Link [hier](#)
- „Meine Stimme für Inklusion: Endlich ein echtes Barrierefreiheitsgesetz wagen!“ (05.05.2021), Link [hier](#)
- „Regelungen des Barrierefreiheitsstärkungsgesetz löchriger als ein Käse“ (21.05.2021), Link [hier](#)
- „Spahns Maskendesaster ist um ein menschenunwürdiges Kapitel reicher“ (05.06.2021), Link [hier](#)

Corinna Rüffer (Sprecherin für Behindertenpolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen)
Parlamentsarbeit

- Entschließungsantrag „Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts“ (19/27293, 03.03.2021), Link [hier](#)
- Antrag „NS-Euthanasie-Morde und Zwangssterilisation – Nachgeschichte erforschen“ (19/28824, 21.04.2021), Link [hier](#)
- Änderungsantrag „Teilhabestärkungsgesetz zur Regelung der Assistenz im Krankenhaus“ (Drucksache 19/28846, 21.04.2021), Link [hier](#)
- Änderungsantrag „Teilhabestärkungsgesetz für Barrierefreiheit in der Privatwirtschaft“ (Drucksache 19/28847, 21.04.2021), Link [hier](#)

Meldungen

- „Online-Fachgespräch: Zusammen arbeiten für mehr Inklusion“ (01.02.2021), Link [hier](#)
- „Teilhabestärkungsgesetz: Kein großer Wurf“ (20.04.2021), Link [hier](#)

Pressemitteilungen

- „Impfstrategie: Viele Menschen mit hohem Risiko fallen hinten runter“ (11.01.2021), Link [hier](#)
- „Impfpriorisierung auch für schwer Erkrankte und Menschen mit Behinderungen“ (28.01.2021), Link [hier](#)
- „Assistenz im Krankenhaus: Keiner ist zuständig“ (24.02.2021), Link [hier](#)
- „Integrationschancen behinderter Geflüchtete sind Bundesregierung gleichgültig“ (26.03.2021), Link [hier](#)
- „Barrierefreiheit: Freiwilligkeit behindert Innovationen“ (05.05.2021), Link [hier](#)
- „Ausgleichsabgabe darf nicht ins Sondersystem Werkstatt fließen“ (11.06.2021), Link [hier](#)
- „Assistenz im Krankenhaus: Unsicherheit bleibt“ (23.06.2021), Link [hier](#)

Vorschau:

23.09.2021	4. Internationaler Tag der Gebärdensprachen in Berlin „We Sign for Human Rights!“
26.09.2021	20. Bundestagswahl
26.-27.11.2021	Mitgliederversammlung der BAG SELBSTHILFE in Königswinter
29.–31.10.2021	Ordentliche Bundesversammlung des DGB in Kiel
03.12.2021	Internationaler Tag der Menschen mit Behinderungen
20.-22.04.2022	4. Internationale Konferenz des Weltverbandes der Gehörlosen (WFD) „Inklusive Bildung für gehörlose Lernende: Best Practice entdecken“ in Bangkok (Thailand)
14.-17.06.2023	7. Deutsche Kulturtage der Gehörlosen in Friedrichshafen

Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine. Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

Kontakt

Daniel Büter
Referent für politische Arbeit
E-Mail: d.bueter@gehoerlosen-bund.de

Wille Felix Zante
Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: w.zante@gehoerlosen-bund.de